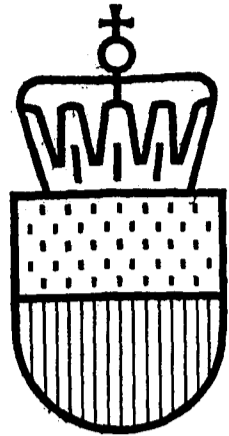


Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 18.—, halbjährlich Fr. 9.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Ausland jährlich Fr. 36.—, halbjährlich Fr. 18.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die Postämter und die Verwaltung des „Liechtensteiner Volksblatt“ in Vaduz, Altenbachstrasse, Tel. (075) 2 21 43. Postcheckkonto IX 2988 St. Gallen. Redaktion: Vaduz, Commerzhau, Telefon (075) 2 13 94. Druck: Buchdruckerei Gutenberg, Schaan, Liechtenstein



Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 10 Rp. 25 Rp.
Angrenzendes Rheintal, Sargans bis Sennwald 12 Rp. 27 Rp.
Schweiz 13 Rp. 29 Rp.
Uebrigtes Ausland 15 Rp. 33 Rp.
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 221 43. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG. St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

AZ Vaduz - Mittwoch, 27. Februar 1963

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

97. Jahrgang — Nr. 32

Wirtschaftliche Gefahren für Westdeutschland

Von Dr. Ludwig Losacker, Direktor des Deutschen Industrie-Instituts

DK Köln. - Der zur Zeit wohl grösste Wunsch der Bürger der Bundesrepublik Deutschland ist der, stabile Lohn-, Preis- und Währungsverhältnisse zu sichern. Leider wachsen gleichzeitig die Ansprüche an das Sozialprodukt ins Phantastische. Der Haushalt des Bundes für 1963 wurde mühevoll in einen Anzug von 56,8 Milliarden DM gepresst und platzt allmählich aus allen Nähten. Soweit Verteidigungskosten in Frage kommen, sind das politische Dinge, die weitgehend als Schicksal hingenommen werden müssen. Leider ist es bei allen anderen Forderungen noch nicht so, dass berücksichtigt wird, ob das Sozialprodukt die entsprechende Deckung bereithält.

Verschärfte Konkurrenz

Bei der sich gegenwärtig verschärfenden internationalen Konkurrenz macht sich für die deutsche Exportwirtschaft die Wirkung der Kosteninflation besonders unangenehm bemerkbar. Eine Rückwirkung auf die Investitionstätigkeit ist spürbar. Parallel zu dieser Entwicklung fand in der Bundesrepublik nach Berechnungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1959 bis 1961 eine Erhöhung der Lohnkosten um 28 Prozent statt. In der gleichen Zeit betrug die Erhöhung der Lohnkosten in Frankreich 16,5 und in Italien nur 15 Prozent. Die gesamten Arbeitskosten liegen heute in der Bundesrepublik Deutschland mit 4,12 DM je Stunde mit erheblichem Abstand vor den Arbeitskosten in Grossbritannien und Frankreich, die 3,47 DM in der Stunde betragen. In Italien sind es sogar nur 2,94 DM. Hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzung ist die Bundesrepublik Spitzenreiter. Im westlichen Deutschland wird in der Industrie im Jahr durchschnittlich nur noch 2 135 Stunden gearbeitet, in Frankreich 2 205, in England 2 230 und in der Schweiz 2 240. Ein Schweizer muss demnach gut zweieinhalb Wochen im Jahr länger arbeiten als der westdeutsche Arbeiter.

Arbeitsverkürzungen und hoher Krankenstand wirken sich in der Bundesrepublik so aus, dass die ohnehin schon nicht ausreichenden Kräfte um mehr als eine weitere Million Arbeitnehmer beschnitten werden. Die Kosteninflation durch Lohn- und Gehaltserhöhungen hat sich auch 1962 fortgesetzt. Die Durchschnittsverdienste der Arbeitnehmer dürften um etwa 8 Prozent gestiegen sein, die wöchentliche Arbeitszeit ist bis zu eineinhalb Stunden verkürzt, der Urlaub um zwei bis drei

Tage verlängert worden. Da die reale Steigerung des Sozialproduktes nur etwa 3,5 Prozent betrug, ist das volkswirtschaftliche Güterangebot nur halb so stark gestiegen wie die Nachfrage. Die Auswirkungen auf das Preisniveau sind verständlich. Dies alles betrachtet, ist festzustellen, dass die Bundesrepublik Deutschland an einem Wendepunkt ihrer volkswirtschaftlichen Entwicklung angelangt ist. Das ist noch kein Grund für übertriebenen Pessimismus, doch muss man sich darauf einstellen, dass gewisse Entwicklungen nicht mehr so weitergehen wie bisher. Der öffentliche Bereich darf dabei nicht ausser Acht gelassen werden. Das Wachstum der öffentlichen Haushalte ist im westlichen Deutschland besorgniserregend. Im Jahre 1913 war hier der einzelne Staatsbürger noch mit lediglich 77 DM für Steuern und Abgaben belastet. 1962 betrug die entsprechende Belastung etwa 2 000 DM. Derartige Staatsexpansionen ist natürlich ähnlich auch in anderen Ländern eingetreten. Im ganzen lässt sich sagen, dass der Anteil der öffentlichen Haushalte am Volkseinkommen (einschliesslich indirekter Steuern) zur Zeit in den finanzpolitisch fortgeschrittenen Ländern der westlichen Welt im allgemeinen zwischen 27 und 39 Prozent ausmacht. In der Bundesrepublik liegt dieser Anteil am Nettozialprodukt mit über 41 erheblich über dem Durchschnitt. Das ist deshalb bedenklich, weil im Augenblick die westdeutsche Wirtschaft beginnt, auf eine langsamere Tourenzahl umzuschalten.

Vermögensbildung in der öffentlichen Hand

Eine Folge der Ueberbesteuerung ist die inzwischen erreichte Verteilung bei der volkswirtschaftlichen Ersparnis- und Vermögensbildung. 1961 vollzogen sich 45 Prozent der westdeutschen Vermögensbildung im Bereich der öffentlichen Hand, etwa 29 Prozent bei der Wirtschaft und 27 Prozent bei den privaten Haushalten. Rechnet man zu dem Anteil der öffentlichen Vermögensbildung auch die der staatlichen und kommunalen Unternehmungen, dann werden es über 50 Prozent Vermögensbildung bei der öffentlichen Hand. Demgegenüber ist der Anteil der privaten Unternehmungen mit etwas über 20 Prozent recht bescheiden.

Die Spitzenstellung der Bundesrepublik Deutschland bei den Sozialleistungen in den westlichen Ländern hat auch ihre Schattenseiten, wenn die möglichen Auswirkungen der

neuesten Aenderungen der Sozialgesetzgebung bedacht werden. Hierbei ist die grösste Unbekannte die Entwicklung des Krankenstandes mit ihren Kosten für Wirtschaft und Staat.

Sehr viel wird davon abhängen, wie weit in diesem Jahr die Forderungen nach Lohnerhöhungen forciert werden. Das Bestreben, mit Hilfe der Lohnpolitik die Verteilung des Volkseinkommens zu verändern, ist immer wieder von Wissenschaftlern, zuletzt auch vom wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums, als irreal bezeichnet worden. Da die Gewerkschaften dennoch zum grossen Teil an überhöhten Forderungen festhalten, wird mit sehr harten Auseinandersetzungen zu rechnen sein. Es gibt zwei Möglichkeiten, diese Auseinandersetzungen vielleicht zu mildern. Erstens durch Ausbau des freiwilligen Schlichtungswesens, soweit dieses noch nicht eingeführt ist. Zweitens durch Verabschiedung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Auf jeden Fall ist die Entfaltung einer guten und hohen Leistung erforderlich, die sehr wichtig ist zur Erhaltung der freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die sich gegenüber dem kommunistischen System bewähren müssen.

Der Skandal unserer Zeit

Die Weltaktion gegen Unterernährung und Hunger unter schlechten Vorzeichen

Am 18. Februar begann die von der Welternährungsorganisation lancierte Aktionswoche gegen Unterernährung und Hunger. Der Leiter der FAO, B. R. Sen, hat es sich zur Aufgabe gemacht, bei dieser Gelegenheit einmal den Skandal der «Koexistenz von Elend und Verschwendung» zu denunzieren und die Öffentlichkeit daran zu erinnern, daß eine Milliarde Menschen vom Hungertod bedroht ist.

(w-b.) An Hilferufen und -rufen gebricht es nicht. Seit zehn Jahren ist die Informationskampagne über Unterentwicklung, Hunger und Unterernährung bis in die hintersten Winkel der Öffentlichkeit vorgedrungen, und es gibt heute in der industrialisierten Welt wohl keine Organisation und keine Kirche mehr, die nicht schon in irgend einer Form zum dramatischen Problem des Hungers der Mitmenschen Stellung genommen und zur Linderung des Übels irgendwie Mittel gespendet hätte. Doch je tiefer man in die Problemstellung vordringt, umso mehr gelangt man auch zur Erkenntnis, daß beinahe übermenschliche Mittel nötig wären, wollte man einem jeden ein würdiges Leben und ein angemessenes Durchschnittsalter sichern. So steht heute u. a. fest, daß große Völker wie China, Indien, ja selbst Brasilien ihr Hungerproblem selbst mit größtem Fleiß und

Eifer aus eigener Kraft nicht lösen können: Sie bedürfen der Hilfsmittel des Fortschritts, über die die Industrieländer bereits verfügen.

Freilich ist es ein schreiender Skandal, daß auf der einen Seite mehr als die Hälfte der Menschheit ungenügend ernährt wird, während auf der anderen Seite (USA und Europa) unverkäufliche Lebensmittel in rauen Mengen aufgestapelt werden, um Preisbrüche zu verhindern. Doch darf man die ernährungsmäßige Leistungsfähigkeit dieser Lager nicht überschätzen. Freilich belaufen sie sich allein in den USA auf mehr als zehn Milliarden Dollar, und ihr Unterhalt kostet täglich mehr als eine Million Dollar... Doch so eindrucksvoll und skandalös diese Ziffern sein mögen und tatsächlich auch sind, alle derzeitigen Nahrungsvorräte zusammen würden kaum ausreichen, um allen hungerleidenden Menschen der Entwicklungsländer zweimal ein ordentliches Frühstück zu servieren!

Es müssen daher Mittel und Wege gefunden werden, die nicht nur eine bessere und gerechtere Verteilung der bereits vorhandenen Nahrungsmittel gestatten, sondern auch eine



Hunger ist mehr als Verlangen nach Brot. Diesem entkräfteten Negermädchen auf einer Hungerregion Zentralafrikas muß nicht nur mit Nahrung, sondern auch mit Schulbildung und mit gesundheitlicher Betreuung geholfen werden. Die Schweizer Auslandshilfe verwirklicht in diesem Sinne durchdachte Aufbauaktionen. Sammlung Schweizer Auslandshilfe Postcheck-Konto Zürich VIII 322

Aschermittwochgedanken

Wir geraten in Liechtenstein unmerklich in eine Krankheit hinein, die Selbstzufriedenheit und Selbstgefälligkeit heisst. Kein Wunder bei unserem kleinen Wirtschaftswunderland: Alle Zahlen klettern von Jahr zu Jahr in die Höhe: Der Stromverbrauch, die Autonommern, die Staatsausgaben und die Bankbilanzen. Der Lebensstandard klettert mit, und zufrieden klopfen wir uns selbst auf die Schultern, als ob nichts mehr zu verbessern wäre im besten aller Staaten.

Das vergangene Jahr hat aufhorchen lassen in ein paar Zahlen, aber sie können auch Anlass zu besinnlichen Ueberlegungen sein, und dazu ist der Aschermittwoch der rechte Tag.

Die erfreulichste Zahl: In einer UNO-Statistik war zu lesen, dass Liechtenstein das Land mit der geringsten Säuglingssterblichkeit auf der Erde ist. Ein grosses Lob für die Hygiene, die Sauberkeit in unseren Häusern und die Sauberkeit der Frauen, auch für die Kunst der Aerzte. Einst war die Säuglings- und Kindersterblichkeit im Lande so gross, dass auf manchem Friedhof ein Viertel für Kindergräber reserviert war. Ein Gegenbeispiel aber: Wo

haben wir ein Haus für alte Leute, die keine Angehörigen mehr haben, ihr Leben lang sparten und nun ein Heim haben möchten, wie sie es heute überall gibt, wo sie Ruhe und Pflege und einen gewissen Komfort haben? Die Lebenserwartung steigt ständig, und die meisten von uns können damit rechnen, dass sie ein hohes Alter erreichen. Aber ein wenig gepflegtwerden, Umsorgtsein, können wir das auch erwarten?

Eine andere Statistik: Liechtenstein ist das Land Europas, in dem es, auf die Einwohnerzahl gerechnet, die meisten Autos gibt, auf sechs Bewohner einen Wagen! Das sichtbarste Zeichen des Lebensstandards. Neun Menschen aber starben im vergangenen Jahre den Unfalltod durch den Strassenverkehr; auf 2000 Einwohner ein Verkehrstoter! In den USA mit der grössten Verkehrsdichte trifft es auf 5500 Einwohner, in der Schweiz auf etwa 4000 Einwohner einen tödlichen Verkehrsunfall. Gewiss war es eine besonders hohe Zahl, aber 56 Tote des Verkehrs in zehn Jahren sind ein Rekord auf einem tieftourigen Gebiete. Jede Anstrengung in der Vermeidung von Unfällen ist mehr als an der Zeit! Die Landesbank weist Spareinlagen von 65 Millionen Franken aus - aber auch Hypothekendarlehen von 71 Millionen! Während aber die Hypothekendarlehen ausschliesslich in Liechtenstein vergeben sind,

stammen doch gewiss nicht alle Einlagen von Liechtensteinern. «Lebensstandard auf Borg» könnte man manchmal sagen, und Sparsamkeit ist sicher kein Modewort.

Ein Rekordjahr des Fremdenverkehrs. So hat es geheissen, und bis zu vierzig und fünfzig Autocars parkierten an einem Sommertage in Vaduz. Wer aber rucksacktragende Studenten und Lehrlinge sah, die unser Land erleben wollten und nun auf der Suche nach einer Herberge waren, musste sich ein wenig schämen - wir haben noch immer keine Jugendherberge. Ein Fremdenverkehrsstand aber nennen wir uns. Sehen wir nur die Rendite? Selbst dann wäre es falsch, keine Herberge für frische junge Menschen zu bauen, die noch nicht das Geld haben, Hotelzimmer zu mieten, dafür aber vielleicht mehr von unserem Lande sehen als mancher andere Gast.

Wir sprechen von einem Spitalbau; schon etwa seit hundert Jahren gibt es Projekte. Am Gelde entscheidet sich die Frage wohl kaum. Das Problem liegt anderswo: Wo haben wir in Liechtenstein ausgebildete Kräfte, die unsere Kranken pflegen würden, junge Aerzte, die zu einem bescheidenen Sekundärarztgehalt Dienst machen würden in einem Krankenhaus? Es ist so bequem für uns, durch die Schwestern in den Bürgerheimen die Pflege tun zu lassen, ins Ausland sich ins Spital zu begeben, betreut

von Schweizer oder Oesterreicher Aerzten und Schwestern!

Wir haben es nicht mehr notwendig, «Finanzeinbürgerungen» vorzunehmen, zahlungskräftigen Ausländern für vieles Geld unsere Staatsbürgerschaft zu «verleihen». Schon lange geschieht es nicht mehr. Wäre es aber nicht an der Zeit, ein Gegengewicht zu schaffen gegen diese Einnahmequelle von einst und unseren Arbeiter- und Gewerbefamilien, seit drei oder vier Generationen im Lande und «Ausländer» geblieben, in irgendeiner Lösung das Bürgerrecht zu geben? Es gibt Leute in unserem Land, deren Vorfahren vor hundert Jahren eingewandert sind; die Nachkommen sind noch nicht Liechtensteiner. Das ist ein absoluter Rekord, aber bestimmt kein rühmlicher. Dabei handelt es sich um Familien, die durch Generationen ihre Arbeitskraft in unserem Lande eingesetzt und zu seinem Aufstieg beigetragen haben.

Ganz wohl kann es uns unmöglich sein, wenn wir zusehen, wie viele ausländische Arbeiter bei uns meistens gerade jene Arbeiten tun, für die Liechtensteiner nicht mehr zu finden sind, und wie sie nicht bei ihren Familien leben können. Empfinden wir ihnen gegenüber immer wirkliche Dankbarkeit, denken wir daran, dass einst unsere Vorfahren wie sie als Saisonarbeiter ausgezogen sind ins Ausland?